

Verkündungsblatt 4|2019

Ausgabedatum 22.02.2019

Inhaltsübersicht

A. Bekanntmachungen nach dem NHG

Änderung der Habilitationsordnung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Seite 2

B. Bekanntmachungen nach § 78 Abs. 2 NPersVG

C. Hochschulinformationen

Ordnung für das Leibniz Forschungszentrum Wissenschaft und Gesellschaft (LCSS) Seite 7
(Berichtigung des Verkündungsblattes 14/2017 vom 19.07.2017)

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover hat am 28.01.2019 die nachstehende geänderte Habilitationsordnung beschlossen. Das Präsidium hat die Änderung am 20.02.2019 genehmigt. Sie tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kraft.

Habilitationsordnung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät hat gemäß der Grundordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover die folgende Habilitationsordnung erlassen.

§ 1 Zweck der Habilitation

¹Durch das Habilitationsverfahren verleiht die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover (Fakultät) die Venia Legendi (Lehrbefugnis). ²Die Lehrbefugnis berechtigt zur selbständigen Lehre.

§ 2 Zulassungsvoraussetzungen

(1) Voraussetzungen für die Zulassung zum Habilitationsverfahren sind:

- a) eine qualifizierte Promotion oder der Nachweis einer gleichwertigen Befähigung,
- b) der Nachweis der Berufungsfähigkeit in dem Fachgebiet, für das die Lehrbefugnis angestrebt wird, durch Forschungsleistungen nach Abschluss der Promotion; hierzu kann der Fakultätsrat allgemeine Grundsätze beschließen und veröffentlichen,
- c) der Nachweis einer in der Regel mehrsemestrigen wissenschaftlichen Lehrtätigkeit in Form von Evaluationen,
- d) dass die Bewerberin oder der Bewerber sich nicht anderweitig in einem auf dasselbe oder ein ähnliches Fachgebiet beziehenden Habilitationsverfahren befindet und nicht bereits zweimal in einem entsprechenden Verfahren an einer Universität erfolglos geblieben ist.

(2) Die Zulassung kann nur versagt werden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber die mit dem Antrag nach § 5 nachzuweisenden förmlichen Voraussetzungen der Habilitation nach Absatz 1 nicht erfüllt oder die zu erteilende Lehrbefugnis sofort wieder erlöschen, zurückgenommen oder widerrufen würde.

§ 3 Habilitationsleistungen

(1) ¹Habilitationsleistungen sind eine selbständige Habilitationsschrift und ein wissenschaftlicher Vortrag mit anschließendem Kolloquium. ²Beide Leistungen sind in deutscher oder englischer Sprache zu erbringen.

(2) ¹Die Habilitationsschrift ist eine selbständige wissenschaftliche Leistung in einem Fachgebiet, für welches die Lehrbefugnis angestrebt wird. ²Sie muss einen wesentlichen Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnisse darstellen.

(3) ¹Statt einer selbständigen Habilitationsschrift können auch mehrere veröffentlichte oder zur Veröffentlichung vorgesehene wissenschaftliche Arbeiten eingereicht werden; die Arbeiten dürfen nicht der Dissertation entnommen sein. ²Soweit wissenschaftliche Arbeiten gemeinschaftlich verfasst wurden, ist eine Erklärung über die jeweiligen Anteile beizufügen.

(4) ¹Durch den wissenschaftlichen Vortrag mit anschließendem Kolloquium soll die Befähigung nachgewiesen werden, Gegenstände und Probleme aus dem Fachgebiet der angestrebten Lehrbefugnis angemessen vorzutragen und zu erörtern. ²Darüber hinaus wird eine hinreichende Vertrautheit mit anderen Problemen des engeren und weiteren Fachgebiets erwartet.

(5) ¹Wird eine der in den Absätzen 1 und 3 bezeichneten Leistungen abgelehnt, so ist die gesamte Habilitation nicht bestanden. ²Ein Habilitationsversuch kann nur einmal wiederholt werden. ³Habilitationsversuche an anderen Universitäten sind zu berücksichtigen. ⁴Ein neuer Antrag auf Zulassung zur Habilitation kann frühestens nach 12 Monaten und muss spätestens innerhalb einer Frist von 24 Monaten gestellt werden. ⁵Wird der wissenschaftliche Vortrag mit anschließendem Kolloquium abgelehnt, so muss nur diese, nicht jedoch die schriftliche Habilitationsleistung wiederholt werden. ⁶Die Wiederholung der im vorstehenden Satz genannten Habilitationsleistung muss innerhalb einer Frist von einem Jahr beantragt werden. ⁷Versäumt die Bewerberin oder der Bewerber eine Frist, verzichtet sie oder er auf die Wiederholung oder genügt ihre oder seine Leistung ein zweites Mal nicht den Anforderungen, so ist das Habilitationsverfahren beendet.

§ 4 Habilitationskommission

(1) ¹Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan sowie sechs weiteren stimmberechtigten Mitgliedern aus dem Kreis der habilitierten oder gleichwertig qualifizierten Mitglieder der Fakultät. ²Darüber hinaus nehmen je ein Mitglied der Mitarbeitergruppe und ein Mitglied der Studierendengruppe der Fakultät an den Sitzungen der Habilitationskommission mit beratender Stimme teil. ³Die Dekanin oder der Dekan führt stimmberechtigt den Vorsitz. ⁴Die sechs stimmberechtigten Mitglieder sowie die gleiche Zahl von Stellvertreterinnen oder Stellvertretern werden durch den Fakultätsrat für eine Dauer von vier Jahren, die beiden Mitglieder mit beratender Stimme sowie die gleiche Zahl von Stellvertreterinnen oder Stellvertretern für eine Dauer von zwei Jahren gewählt.

(2) ¹Die für die Habilitationsschrift bestellten Gutachterinnen und Gutachter wirken stimmberechtigt am Habilitationsverfahren mit. ²Habilitierte oder gleichwertig qualifizierte Mitglieder der Fakultät können am Habilitationsverfahren stimmberechtigt mitwirken, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach der Eröffnung des Habilitationsverfahrens der Dekanin oder dem Dekan schriftlich mitteilen, dass sie ihr Stimmrecht ausüben wollen. ³Die Beschlussfähigkeit der Kommission wird durch die Abwesenheit der stimmberechtigten Mitglieder nach Satz 2 nicht berührt.

(3) ¹Die Beschlussfähigkeit wird in der Grundordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover geregelt. ²Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt. ³Abstimmungen in der Habilitationskommission erfolgen namentlich. ⁴Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. ⁵Auswärtige Gutachterinnen oder Gutachter können ihre Stimme schriftlich abgeben. ⁶Beschlüsse der Habilitationskommission sind schriftlich zu protokollieren.

§ 5 Habilitationsantrag

Der Habilitationsantrag ist beim Dekanat zusammen mit folgenden Unterlagen einzureichen:

1. drei gebundene Exemplare und eine elektronische Version der Habilitationsschrift,
2. beglaubigte Kopien der Promotionsurkunde und der sonstigen akademischen Urkunden und Zeugnisse,
3. vollständige Angaben über die wissenschaftlichen Veröffentlichungen und die akademische Lehrtätigkeit,
4. ein Lebenslauf mit Darstellung des persönlichen und beruflichen Werdegangs,
5. Erklärungen über bisher unternommene Habilitationsversuche,
6. eine Erklärung der Bewerberin oder des Bewerbers, dass bei der Anfertigung der schriftlichen Habilitationsleistung kein wissenschaftliches Fehlverhalten im Sinne der Richtlinie der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis in der jeweils gültigen Fassung vorliegt,
7. die Bezeichnung des Fachs, für das die Lehrbefugnis angestrebt wird sowie
8. Vorschläge für die Gutachter und drei Themenvorschläge für den Vortrag mit Kolloquium.

§ 6 Eröffnung des Habilitationsverfahrens

(1) Nach Eingang des Habilitationsantrags prüft die Dekanin oder der Dekan die gemäß § 5 von der Bewerberin oder dem Bewerber vorgelegten Unterlagen auf Vollständigkeit und beruft bei Vorliegen der Vollständigkeit die Habilitationskommission ein.

(2) ¹Die Habilitationskommission entscheidet aufgrund des Berichts der Dekanin oder des Dekans und anhand der vorgelegten Unterlagen über die Eröffnung oder Nichteröffnung des Habilitationsverfahrens. ²Eine Eröffnung des Habilitationsverfahrens ist den habilitierten und gleichwertig qualifizierten Mitgliedern und Angehörigen der Fakultät mitzuteilen.

(3) ¹Solange der Dekanin oder dem Dekan noch kein Gutachten im Sinne des § 7 vorliegt, kann die Bewerberin oder der Bewerber ohne Angaben von Gründen vom Verfahren zurücktreten. ²Als Zeitpunkt des Rücktritts gilt der Eingang des Rücktrittsgesuchs bei der Dekanin oder dem Dekan.

(4) Das Habilitationsverfahren soll insgesamt eine Dauer von einem Jahr nicht überschreiten.

§ 7 Begutachtung der Habilitationsschrift

(1) ¹Wird das Habilitationsverfahren eröffnet, bestellt die Habilitationskommission mindestens zwei habilitierte oder gleichwertig qualifizierte Gutachterinnen oder Gutachter zur Beurteilung der schriftlichen Habilitationsleistung. ²Diese erstellen innerhalb von höchstens drei Monaten je einen schriftlichen Bericht, in dem sie nach eingehender Würdigung der Habilitationsschrift deren Annahme oder Ablehnung empfehlen. ³Bei Fristüberschreitung kann eine neue Gutachterin oder ein neuer Gutachter bestellt werden.

(2) ¹Die stimmberechtigten Mitglieder der Habilitationskommission haben das Recht, schriftliche Voten zur Annahme oder Ablehnung der Habilitationsschrift abzugeben. ²Das Dekanat stellt den Mitgliedern der Habilitationskommission die elektronische Version der Habilitationsschrift, die Gutachten und Voten zur Verfügung.

§ 8 Entscheidung über die Habilitationsschrift

(1) Über die Annahme oder die Ablehnung der Habilitationsschrift entscheidet die Habilitationskommission aufgrund aller eingereichten schriftlichen Gutachten.

(2) ¹Die Habilitationskommission legt den Termin und das Thema für den wissenschaftlichen Vortrag mit anschließendem Kolloquium fest. ²Das Thema soll aus den drei von der Habilitandin oder dem Habilitanden vorgeschlagenen Themen ausgewählt werden. ³Der Termin wird der Habilitandin oder dem Habilitanden mindestens zwei Wochen vorher mitgeteilt.

§ 9 Wissenschaftlicher Vortrag und Kolloquium

(1) Nach Annahme der Habilitationsschrift lädt das Dekanat die Mitglieder und Angehörigen der Fakultät zum wissenschaftlichen Vortrag mit Kolloquium.

(2) ¹Vortrag und Kolloquium sind hochschulöffentlich; beide sollen jeweils etwa 45 Minuten dauern. ²Den Vorsitz führt die Dekanin oder der Dekan.

§ 10 Entscheidung über die Habilitation

Im Anschluss an das Kolloquium entscheidet die Habilitationskommission über die Habilitation und die Festlegung der Lehrbefugnis.

§ 11 Urkunde

(1) ¹Nach positiver Entscheidung über die Habilitation wird die Habilitation durch Aushändigung einer von Präsidentin oder Präsident und Dekanin oder Dekan unterzeichneten Urkunde vollzogen und die Lehrbefugnis erteilt. ²Die Urkunde trägt das Datum des Kolloquiums und bezeichnet das Fach, für das die Lehrbefugnis erworben wird.

(2) Die Erteilung der Lehrbefugnis berechtigt zur Führung des Titels „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“ (PD); der Doktorgrad kann um einen auf die Habilitation hinweisenden Zusatz ergänzt werden (habil.).

§ 12 Akteneinsicht

Nach Abschluss des Verfahrens ist der Habilitandin oder dem Habilitanden innerhalb eines Jahres auf Antrag Akteneinsicht auch in die erstellten Gutachten zu gewähren.

§ 13 Rechtsstellung der Privatdozentin oder des Privatdozenten, Titellehre

¹Die Privatdozentin oder der Privatdozent ist berechtigt und verpflichtet, in Abstimmung mit der Fakultät in dem Fachgebiet oder Fach der Habilitation regelmäßig eigene selbständige Lehrveranstaltungen an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover unentgeltlich durchzuführen (Titellehre). ²Der Umfang der Titellehre beträgt in der Regel eine Lehrveranstaltungsstunde pro Semester; auf begründeten Antrag kann die Dekanin oder der Dekan vorübergehend Ausnahmen zulassen. ³Selbständige Lehrtätigkeit auf Grund von Lehraufträgen wird auf diese Verpflichtung angerechnet.

§ 14 Umhabilitation

¹Die Habilitationskommission beschließt über eine Umhabilitation, wenn eine einschlägige Lehrbefugnis an einer anderen Universität erworben wurde. ²Im Übrigen sind die Vorschriften dieser Habilitationsordnung sinngemäß anzuwenden.

§ 15 Erlöschen, Rücknahme und Widerruf der Lehrbefugnis

(1) Die Lehrbefugnis erlischt durch schriftlich erklärten Verzicht, mit Berufung auf eine Professur an eine andere wissenschaftliche Hochschule oder mit einer Umhabilitation.

(2) ¹Die Lehrbefugnis kann widerrufen werden, wenn die Privatdozentin oder der Privatdozent wegen einer wissenschaftsrelevanten vorsätzlichen Handlung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden ist. ²Darüber hinaus kann die Lehrbefugnis widerrufen werden, wenn die Privatdozentin oder der Privatdozent der Verpflichtung zur Titellehre gemäß § 13 nicht nachkommt.

(3) Die Erteilung der Lehrbefugnis kann nach den hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen unter Anwendung der Ordnung der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis entzogen werden.

(4) ¹Die Feststellung nach Abs. 1 trifft die Dekanin oder der Dekan. ²Die Entscheidung nach den Absätzen 2 und 3 trifft der Fakultätsrat nach Anhörung der Privatdozentin oder des Privatdozenten.

(5) ¹In den Fällen der Absätze 2 und 3 darf nach dem Verlust der Lehrbefugnis die Bezeichnung Privatdozentin oder Privatdozent sowie der auf die Habilitation hinweisende Zusatz nicht mehr geführt werden. ²Die Habilitationsurkunde muss zurück gegeben werden oder wird eingezogen.

§ 16 Verleihung des Titels „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“

(1) Das Präsidium kann auf begründeten Antrag der Fakultät und nach Stellungnahme des Senats auf der Grundlage zweier Gutachten, darunter mindestens ein auswärtiges Gutachten, anderen Personen als Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren erfüllen, insbesondere Privatdozentinnen, Privatdozenten sowie diejenigen Nachwuchsgruppenleiterinnen und Nachwuchsgruppenleitern, die auf Grund eines externen Evaluationsverfahrens durch eine Forschungsförderungseinrichtung (insbesondere durch das Emmy Noether Programm der DFG, die VW-Stiftung, das ERC oder durch vergleichbare Organisationen) gefördert werden, den akademischen Titel „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ verleihen, wenn sie die Voraussetzungen des Absatz 3 erfüllen.

(2) ¹Voraussetzung ist der Antrag eines Instituts auf Verleihung des Titels „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ an eine bestimmte dem Institut angehörende Person gerichtet an das Dekanat. ²In dem Antrag ist die längerfristige Einbindung der entsprechenden Wissenschaftlerin oder des Wissenschaftlers darzustellen. ³Außerdem sind dem Antrag ein Lebenslauf der Wissenschaftlerin oder des Wissenschaftlers, die Zusammenstellung ihrer oder seiner aktuellen und bereits durchgeführten Lehrveranstaltungen, ein Publikationsverzeichnis und die Promotions- und Habilitationsurkunde in beglaubigter Form oder die Feststellung des Vorliegens habilitationsäquivalenter Leistungen beizufügen. ⁴Für den Fall, dass eine Person keinem Institut angehört, erfolgt der Antrag direkt durch das Dekanat.

(3) In der Person der Wissenschaftlerin oder des Wissenschaftlers, der oder dem der Titel „außerplanmäßigen Professorin“ oder „außerplanmäßigen Professors“ verliehen werden soll, müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- a) die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen oder Professoren sind erfüllt,
- b) eine Habilitation oder habilitationsäquivalente Leistungen in einem in der Fakultät vertretenen Fach,
- c) eine nachgewiesene mindestens zweijährige bzw. viersemestrige erfolgreiche Lehrtätigkeit an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover nach der Habilitation oder im Anschluss an die Erfüllung der Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren, für Nachwuchsgruppenleiterinnen und Nachwuchsgruppenleiter eine nachgewiesene erfolgreiche Lehrevaluation und eine externe, positive Begutachtung der Leistungen in der Forschung,
- d) eine deutliche Weiterentwicklung der eigenständigen Forschungsarbeiten während der Zeit der Lehrtätigkeit muss sichtbar sein, so dass die Wissenschaftlerin oder der Wissenschaftler für eine Berufung auf eine W2- bzw. W3-Professur geeignet erscheint,
- e) die Wissenschaftlerin oder der Wissenschaftler soll Mitglied der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover sein.

(4) ¹Das Dekanat prüft ggf. unter Hinzuziehung fachnaher Personen den Antrag. ²Sind die Antragsvoraussetzungen und die Voraussetzungen in der Person der Wissenschaftlerin oder des Wissenschaftlers gegeben, wird in der folgenden Fakultätsratssitzung eine Kommission eingesetzt, der die Geschäftsführende Leitung des antragstellenden Instituts sowie zwei weitere Professorinnen oder Professoren der Fakultät angehören. ³Für den Fall, dass die Person keinem Institut angehört, besteht die Kommission aus drei hauptberuflichen Professorinnen oder Professoren. ⁴Die Dekanin oder der Dekan ist stimmberechtigtes Mitglied der Kommission kraft seines Amtes. ⁵Diese Kommission holt im Regelfall ein internes und ein externes Gutachten ein und verfasst einen ausführlichen Antrag und Bericht zur Würdigung der Person. ⁶Aufgrund des vorgelegten Berichts und der erstellten Gutachten beschließt der Fakultätsrat über die Stellung des Antrags an das Präsidium zur Verleihung des Titels „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“.

(5) ¹Der akademische Titel „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ wird nur für die Dauer der Wahrnehmung von Aufgaben in der Lehre im Umfang von mindestens einer Lehrveranstaltungsstunde pro Semester an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover verliehen. ²§ 15 Abs. 2 gilt entsprechend.

(6) Außerplanmäßige Professorinnen und Professoren sind verpflichtet, den Titel in der vollständigen Fassung bzw. mit der Abkürzung apl. zu verwenden.

**§ 17 Berechtigung zur Führung des Titels
„außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“
durch Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren**

¹Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, deren Leistungen gemäß § 30 Abs. 4 Satz 2 NHG erfolgreich evaluiert und begutachtet wurden und die nach Beendigung ihres Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses nicht als Professorin oder Professor weiterbeschäftigt werden, sind berechtigt, den Titel „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ zu führen, solange sie regelmäßig Aufgaben in der Lehre im Umfang von mindestens einer Lehrveranstaltungsstunde pro Semester an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover wahrnehmen. ²§ 15 Abs. 2 gilt entsprechend. ³Die Berechtigung erlischt, sobald ein Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis als Professorin oder als Professor aufgenommen wird.

§ 18 Verfahrensvorschriften

(1) ¹Die Entscheidungen der Habilitationskommission sind der Antragstellerin oder dem Antragsteller jeweils unverzüglich durch die Dekanin oder den Dekan bekannt zu geben. ²Belastende Verwaltungsakte nach dieser Habilitationsordnung sind schriftlich zu begründen und müssen mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen bekannt gegeben werden. ³Gegen eine Entscheidung, der die Bewertung einer Habilitationsleistung zugrunde liegt, kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung Widerspruch bei der Dekanin oder dem Dekan eingelegt werden.

(2) Über den Widerspruch entscheidet der Fakultätsrat.

§ 19 Inkrafttreten

¹Diese Habilitationsordnung wird nach der Genehmigung durch das Präsidium im Verkündungsblatt der Leibniz Universität Hannover bekanntgemacht. ²Sie tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

C. Hochschulinformationen

Die Ordnung für das Leibniz Forschungszentrum Wissenschaft und Gesellschaft (LCSS) der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, veröffentlicht im Verkündungsblatt 14/2017 vom 19.07.2017, wird nachstehend in berichtiger Fassung erneut bekannt gemacht:

Ordnung für das Leibniz Forschungszentrum Wissenschaft und Gesellschaft (LCSS)

§ 1 Stellung innerhalb der Leibniz Universität Hannover

- (1) Das Leibniz Forschungszentrum Wissenschaft und Gesellschaft ist ein durch das Präsidium der Leibniz Universität Hannover eingerichtetes Forschungszentrum.
- (2) Die Einrichtung führt den Namen Leibniz Forschungszentrum Wissenschaft und Gesellschaft (kurz: LCSS) und die entsprechende englischsprachige Bezeichnung Leibniz Center for Science and Society.

§ 2 Ziel und Aufgabe

Ziel und Aufgabe des LCSS ist die interdisziplinäre Erforschung der Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

Die Tätigkeit des LCSS zeichnet sich insbesondere durch eine enge Verzahnung von theoretischer und empirischer Forschung sowie durch die systematische Verbindung von Hochschul- und Wissenschaftsforschung aus.

Zur Aufgabe gehört weiterhin die systematische und strukturierte Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs für die Wissenschafts- und Hochschulforschung.

§ 3 Mitglieder

- (1) Als Mitglieder des LCSS können Mitglieder und Angehörige der Leibniz Universität Hannover aufgenommen werden.
- (2) Die Mitglieder bestimmen über die wissenschaftliche und organisatorische Weiterentwicklung des LCSS. Der Vorstand und die Sprecherin bzw. der Sprecher rekrutieren sich aus der Gruppe der Mitglieder.
- (3) Über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern entscheidet der Vorstand.
- (4) Die Mitgliedschaft kann durch schriftliche Anzeigen gegenüber dem Vorstand gekündigt werden.

§ 4 Fellows

- (1) Fellows können auf Vorschlag des Vorstands von den Mitgliedern bestimmt werden.
- (2) Fellows können entweder als Mitglieder und Angehörige an der Leibniz Universität Hannover oder an einer anderen wissenschaftlichen Einrichtung beschäftigt sein.
- (3) Fellows können befristet auf höchstens zwei Jahre (long term fellows) und auch unbefristet (permanent fellows) bestimmt werden. Fellows haben die Aufgabe, an der Forschung und der Graduiertenausbildung des LCSS mitzuwirken.

§ 5 Organe

Die Organe des LCSS sind

- der Vorstand
- die Sprecherin oder der Sprecher
- der wissenschaftliche Beirat
- die Mitgliederversammlung.

§ 6 Vorstand

- (1) Geleitet wird das LCSS durch einen wissenschaftlichen Vorstand. Der Vorstand repräsentiert die Einrichtung innerhalb und außerhalb der Leibniz Universität.
- (2) Der Vorstand wird durch die Mitglieder mit einfacher Mehrheit gewählt. Er besteht aus drei stimmberechtigten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer aus der Gruppe der Mitglieder, einer stimmberechtigten wissenschaftlichen Mitarbeiterin oder einem stimmberechtigten wissenschaftlichen Mitarbeiter aus dem LCSS und der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer ohne Stimmrecht. Das Vorstandsmitglied der Mitarbeitergruppe wird von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und wissenschaftlichen Mitarbeitern aus dem LCSS gewählt. Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer bereitet die Sitzungen der Mitglieder vor und nach und führt die Beschlüsse des Vorstands aus. Es müssen mindestens zwei wissenschaftliche Disziplinen unter den stimmberechtigten Mitgliedern des Vorstands vertreten sein. Der Vorstand tagt mindestens einmal pro Semester.
- (3) Aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer im Vorstand wird ein Mitglied als Sprecherin oder Sprecher des LCSS gewählt. Die Sprecherin oder der Sprecher leitet die Geschäftsstelle, vertritt das LCSS nach außen und ist zugleich Vorsitzende oder Vorsitzender des Vorstands. Die Sprecherin oder der Sprecher kann Aufgaben der laufenden Geschäftsführung an die anderen Vorstandsmitglieder delegieren.
- (4) Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Wiederwahl ist möglich. Die Sprecherin oder der Sprecher kann von den Mitgliedern mit einfacher Mehrheit abgewählt werden.
- (5) Der Vorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit.

§ 7 Geschäftsstelle

- (1) Die Geschäftsstelle ist zuständig für die organisatorische Abwicklung der Aufgaben des LCSS, insbesondere für die Ausführung der Beschlüsse des Vorstands.
- (2) Die organisatorische Abwicklung der Aufgaben des LCSS obliegt der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer. Sie oder er wird vom Vorstand bestimmt. Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer wird durch eine Sekretariatsstelle unterstützt.

§ 8 Wissenschaftlicher Beirat

- (1) Der wissenschaftliche Beirat unterstützt die Leitung des LCSS, indem er insbesondere hinsichtlich der inhaltlichen und strategischen Ausrichtung des LCSS berät. Er wirkt darüber hinaus an der wissenschaftlichen Profilbildung mit.
- (2) Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats des LCSS werden für vier Jahre durch den Vorstand ernannt. Ihm gehören externe Expertinnen und Experten der Wissenschafts- und Hochschulforschung an.

§ 9 Mitgliederversammlung

- (1) Die Versammlung der Mitglieder des LCSS tritt mindestens einmal im Jahr auf Einladung des Vorstandes (Ladungsfrist: vier Wochen) zusammen. Stimmberechtigt sind nur die anwesenden Mitglieder. Die Fellows können an der Mitgliederversammlung mit beratender Stimme teilnehmen.
- (2) Darüber hinaus ist die Mitgliederversammlung immer dann einzuberufen, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder dies beim Vorstand beantragt. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und soweit die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Anwesenheit kann auch durch Videokonferenz u.ä. hergestellt werden.

§ 10 Änderung der Ordnung

Die Mitglieder entscheiden über die Änderung der Regelungen dieser Ordnung. Für eine Änderung der Regelungen dieser Ordnung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitglieder erforderlich.

§ 11 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe im Verkündungsblatt der Leibniz Universität Hannover in Kraft.